

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 15.05.2025

Zu TOP: 9.14

Vergünstigung des Deutschlandtickets für Studierende in Stralsund

Einreicher: Jürgen Suhr und Ute Bartel, Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei

Vorlage: AN 0042/2025

Herr Suhr begründet den Antrag und bittet, diesem zuzustimmen. Es sei aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei nicht nachvollziehbar, warum Studierende nicht von der Vergünstigung profitieren können. Er sehe in dem Kontext auch einen Standortnachteil für die Hochschule Stralsund.

Herr Schilke erklärt im Hinblick auf die finanzielle Lage des Landes M-V die ablehnende Haltung der Fraktion AfD zum Antrag. Ein Standortnachteil sei nicht erkennbar. Darüber hinaus sei die Partizipation durch Auszubildende sowie Seniorinnen und Senioren am vergünstigten Deutschlandticket nachvollziehbar. Er sehe im Hinblick auf die Bedingungen an den Hochschulen eine Diskrepanz zwischen der Förderung von Studierenden und Auszubildenden.

Herr Dr. Zabel hält die dargelegte Auffassung von Herrn Schilke für problematisch. Die Fraktion CDU/FDP sehe durchaus Handlungsbedarf der Landesregierung. Der HOST sollten keine Nachteile im Vergleich zu anderen Hochschulen entstehen.

Herr Haack merkt für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit an, dass die Entscheidung im Landtag gefällt werde. Er regt an, über diesen zu agieren. Seine Fraktion werde den vorliegenden Antrag ablehnen.

Nach Auffassung von Herr Quintana Schmidt sei der Antrag sinnvoll. Die Fraktion DIE LINKE. werde diesen unterstützen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf bestehe und lässt über den Antrag AN 0042/2025 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund appelliert an die Landesregierung, für die Studierenden der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern die gleiche Vergünstigung für das Deutschlandticket zu gewähren, so wie dies bislang für Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren und Auszubildende geschieht.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich im Sinne des Beschlusses an die Ministerpräsidentin zu wenden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2025-VIII-03-0116

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 28.05.2025